

Globalisierung als Gefahr und Chance für die Justiz

XVIII. Jahrestagung der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung e.V. (DBJV) beschäftigte sich mit dem Thema Justizreform in Brasilien und Deutschland

Ralf Overkamp

Die vom 16. bis 19. November 1999 in Brasilia ausgerichtete Tagung stand unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des brasilianischen Verfassungsgerichts (Supremo Tribunal Federal, STF), und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die besondere Wertschätzung, die der Veranstaltung entgegengebracht wurde, drückte sich auch in der hochrangigen Beteiligung aus. Schon im Rahmen der feierlichen Tagungsöffnung im STF ließ es sich neben dem Präsidenten des STF, Ministro C. M. Veloso, auch der Senatspräsident des brasilianischen Kongresses, Michel Temer, nicht nehmen, die Veranstaltungsteilnehmer zu begrüßen. In den folgenden Tagen unterstrichen Justizminister J. C. Dias und der Verfassungsrichter, Ministro Sepúlveda Pertence, mit ihrer Teilnahme das hohe Niveau der Veranstaltung.

Justiz und Globalisierung

In einer viel gelobten Eröffnungsansprache beleuchtete der deutsche Verfassungsrichter Prof. Dr. W. Hassemer die Rahmenbedingungen, insbesondere die rechtlichen und tatsächlichen Auswirkungen der Globalisierung, mit welchen sich die Justiz in den folgenden Jahren auseinandersetzen muss. Er warnte vor den Folgen der Entgrenzung, die eine Erosion regionaler Traditionen und den Wegfall normativer Selbstverständlichkeiten bewirke.

Die Justiz werde in der globalisierten Welt zunehmend an ökonomischen Gesichtspunkte gemessen. Die Effizienz der Justiz sei durch eine Kosten/Nutzen-Rechnung jedoch nicht zu repräsentieren. Vielmehr seien Bedächtigkeit und Zeit sowie eine gründliche Abwägung der Interessen unerlässliche Bedingungen solider Jurisprudenz.

Prof. Hassemer plädierte dafür, die Globalisierung nicht als Bedrohung aufzufassen, sondern sie vielmehr als Chance wahrzunehmen. Er verwies auf die unzähligen Möglichkeiten des Austauschs. So gewähre das Internet

erleichterten Zugang zu den verschiedenen Kulturen und diene schon heute als „subversives“ Instrument zur Durchsetzung von Menschenrechten.

Ungleiche Diskussion

Im Rahmen der Tagungsbeiträge zur aktuellen Situation der Justiz in Brasilien und Deutschland wurde schnell deutlich, dass eine Diskussion gemeinsamer Probleme bei dieser Konferenz nicht leicht sein würde. Zu unterschiedlich sind die zu bewältigenden Schwierigkeiten, zu ungleich deren Dimensionen.

So wird zwar in beiden Ländern die Langsamkeit der Justiz beklagt. Während man damit aber in Brasilien eine durchschnittliche Prozessdauer von sechs bis sieben Jahren meint, beklagt man in Deutschland durchschnittlich vier bis sechs Monate für ein Amtsgerichtsverfahren. Mit dieser Verfahrensdauer nimmt Deutschland im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Beide Länder besorgt auch die hohe und weiter wachsende Zahl von gerichtlichen Verfahren. Während aber in Brasilien die Arbeitsüberlastung der einzelnen Richter im Sinne eines Justizmangels kritisiert wird, diskutiert man in Deutschland über das Gegenteil. Deutschland ist das Land mit der größten Richterdichte der Welt und es wird die Frage gestellt, ob nicht ein Überfluss an Justiz existiert, der die Menschen geradezu dazu animiert, bei der Bewältigung von Konflikten den Gerichtsweg einzuschlagen.

Ein Blick auf die Verfahrenszahlen der Obersten Gerichte Brasiliens und Deutschlands macht die unterschiedlichen Dimensionen deutlich. Das brasilianische Supremo Tribunal Federal (STF) hatte im Jahre 1998 mit 11 Richtern 50.000 Verfahren zu entscheiden. Die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe haben jährlich ca. 6.000 Eingaben zu entscheiden und sind damit (nach dem Verständnis deutscher Juristen) mehr als ausgelastet.

Die Justizprobleme Brasiliens beruhen auf einer fundamentalen Mangelsituation im Hinblick auf Quantität und Qualität der Justiz. Die neue Verfassung von 1988 gewährte den Brasilianern umfangreiche Rechte, die den Zugang zur Justiz sichern sollen. Leider fehlt aber bis heute die entsprechende institutionelle, personelle und finanzielle Ausstattung, um diese Rechte in der Praxis zu gewährleisten.

Eines der zentralen Probleme der brasilianischen Justiz ist die lange Prozessdauer. Gründe für die Langsamkeit der Justiz finden sich in ihrem Aufbau und ihrer Organisation, aber auch in erheblichem Umfang in der praktischen Anwendung des materiellen und des Prozessrechts.

Der Streit um bindende Entscheidungen des STF

Äußerst kontrovers diskutiert wird zur Zeit die Einführung der sog. *súmula vinculante*, einer Bindungswirkung der Entscheidungen des brasilianischen Verfassungsgerichtes für untere Instanzen. Die von ihm praktisch nicht zu bewältigende Anzahl von ca. 50.000 Entscheidungen jährlich beruht zu einem großen Teil darauf, dass Urteile des STF keine Bindungswirkung für die Zukunft entfalten. Etwa 80 Prozent aller Entscheidungen sind daher Wiederholungsentscheidungen. Faktisch identische Fälle werden laut dem Abgeordneten Carneiro zuweilen 10.000 mal entschieden.

In Deutschland haben Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes im Kern Gesetzeskraft. Wiederholungsentscheidungen werden so ausgeschlossen.

Auch in den Bereichen, in welchen keine Bindungswirkung besteht, wird der Einheitlichkeit der Rechtsprechung in Deutschland ein höherer Stellenwert zugemessen, als in Brasilien. Die Gerichte richten sich in der Praxis an der Rechtsprechung des BGH aus. In Brasilien ist der Ausgang eines gerichtlichen Verfahrens dagegen häufig

kaum vorherzusagen. Die Verfahren gehen auch nahezu immer in die zweite Instanz, da sich die Erfolgchancen in den beiden Instanzen in der Regel nicht wesentlich unterscheiden. Die erste Instanz wird auf diese Weise zu einer zeitraubenden und im Grunde überflüssigen Probestation degradiert, die Auswirkungen auf die Verfahrensdauer und die allgemeine Belastung der Gerichte liegen auf der Hand.

Weitere Probleme liegen in der noch immer verbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft. Beförderungen aufgrund politischer Beziehungen, politische Abhängigkeit und Ämterhäufung sind nur einige Schlagworte in diesem Zusammenhang. Etablierte politische Seilschaften sind nur schwierig zu zerschlagen. Trotz guter Ausbildung in den Richterakademien sind sehr junge Richter mit wenig Lebenserfahrung und schwachen kulturellen Wurzeln, den fachlichen und charakterlichen Anforderungen ihres Berufes häufig nicht gewachsen.

Reformansätze in Brasilien

Die Reform der Justiz wird in Brasilien inzwischen breit diskutiert. Einer der Reformvorschläge der Regierung Car-

doso sieht die Einrichtung eines Justizrates vor, der die Arbeit der Richter disziplinarisch überwachen soll. Hierdurch soll willkürliches und rechtswidriges Handeln einzelner Richter verhindert werden.

Gegen eine solche externe Kontrolle der Justiz werden in der Richterschaft Brasiliens erhebliche Bedenken vorgebracht, da sie in die richterliche Unabhängigkeit eingreift und damit ein wesentliches rechtsstaatliches Grundprinzip beschneidet. Andererseits steht dem die Unantastbarkeit der Rechte des Bürgers entgegen, der vor Missverhalten des Richters geschützt werden muss.

Weitere Reformbestrebungen beziehen sich auf eine Stärkung der lokalen Bereiche, eine größere Transparenz der Justiz sowie eine stärkere Orientierung zur rechtsprechenden Dienstleistung. Die Anzahl der Richter soll entsprechend der Nachfrage neu definiert werden. Richterprivilegien, Gerichtsferien will man abschaffen. Erstinstanzliche Richter sollen ihren Wohnsitz künftig im Gerichtssprengel haben. Der Zugang zum Richteramt soll erst nach mind. drei Jahren juristischer Praxis möglich sein. Zudem soll ein Probe-

praktikum mit obligatorischem Begleitkurs vorgeschaltet werden. Neue Regeln für Entlassung, Beförderung etc. sollen strengere Qualitätsanforderungen sicherstellen und Vetternwirtschaft erschweren.

Die Justiz der Zukunft

Um ihrer wesentlichen Bedeutung auch in der Zukunft gerecht werden zu können, muss sich die Justiz der Zukunft auf die Erfüllung ihrer zentralen gesellschaftlichen Aufgaben konzentrieren. Zur Verteidigung des Rechts und der Gerechtigkeit bedarf es in der globalisierten Welt einer starken Gerichtsbarkeit, denn sie gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.

Die zunehmende Nachfragenachunparteiischer Entscheidung muss in geeigneten Bereichen auf andere Einrichtungen umgelenkt werden. Mediation und Arbitration sind außergerichtliche Alternativen, die bei ständiger Verteuerung gerichtlichen Rechtsschutzes weiter an Bedeutung gewinnen werden. Schiedsgerichtsverfahren, die bei den großen internationalen Unternehmen schon heute üblich sind, müssen verstärkt genutzt werden. ■

Agora a contagem para a grande festa dos 500 anos do Brasil pode estar mais perto de você. No pulso.

Haus Donner

VENDAS POR TELEFONE/TELEFONISCHE BESTELLUNG: 060 21218451

RELÓGIO A QUARTZO / A PROVA D'ÁGUA/30M / 1 ANO DE GARANTIA / ASSIST. TÉCN. - ORIENT / DM 99,-